

Antrag

der Abgeordneten David König, Carl Ulbricht, Tim Dieter, Alex Newsorow, Vincent Flick, Max Peterson und der Fraktion der Volksfront

Anerkennung des Staates Palästina

Der Bundestag wolle beschließen:

A. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die aktuelle humanitäre Situation im Gazastreifen hat ein dramatisches und Ausmaß erreicht. Obwohl auch durch Initiative der Bundesregierung mehr Hilfeleistungen in den Gazastreifen kamen, sind Millionen Menschen immer noch von lebensnotwendigen Gütern wie Nahrung, Wasser, Medikamenten und Strom abgeschnitten und diese bleiben Mangelware. Die derzeitigen Hilfsgüterleistungen sind streng von israelischer Seite kontrolliert und untergraben die Neutralität dieser. Es mehren sich Berichte über tödliche Angriffe bei Hilfsgüterverteilungen. Humanitäre Hilfe darf nicht als militärisches oder politisches Druckmittel missbraucht werden. Auch die durch militärische Angriffe getöteten Journalisten oder medizinisches Hilfspersonal dürfen nicht für selbstverständlich genommen werden.

Laut den Vereinten Nationen sind alle Menschen Gazas von Hunger bedroht. Besonders Kinder und Kranke sind akut gefährdet. Die medizinische Infrastruktur ist weitgehend zerstört oder es droht die Zerstörung. Gleichzeitig bleibt die Zivilbevölkerung massiven Angriffen ausgesetzt, bei denen zehntausende Menschen getötet wurden, die Mehrheit davon Zivilisten.

Israel erlitt durch den Angriff der Hamas und anderer extremistischen Gruppen am 7. Oktober 2023 einen der schwersten Terroranschläge seiner Geschichte. Mehr als 1.200 Menschen wurden getötet, Hunderte entführt. Der Schutz jüdischen Lebens, die Bekämpfung von Antisemitismus und die Anerkennung des Existenzrechts Israels sind unverrückbare Grundsätze. Dennoch darf das legitime Selbstverteidigungsrecht eines Staates nicht zu Handlungen führen, die gegen das humanitäre Völkerrecht verstoßen oder das Leid der Zivilbevölkerung weiter verschärfen.

Innerhalb Israels wächst der gesellschaftliche Widerstand gegen die aktuelle Kriegspolitik der Regierung. Zivilgesellschaftliche Initiativen, Wissenschaftler, Kulturschaffende, Reservisten und weitere große Teile der israelischen Gesellschaft fordern ein Ende der militärischen Eskalation und eine politische Lösung. Auch ehemalige israelische Militärs wie Yair Golan und auch der ehemalige

Premierminister von Israel Ehud Barak warnen vor der Fortsetzung der Zerstörung und fordern einen Kurswechsel.

Die anhaltende Besiedlung palästinensischer Gebiete, einschließlich neuer Siedlungspläne, widerspricht grundsätzlich dem internationalen Recht sowie Vereinbarungen und erschwert bzw. macht eine Zweistaatenlösung unmöglich. Nur durch internationalen Druck kann verhindert werden, dass sich die Gewaltspirale weiter aufdreht. Durch den Siedlungsbau entsteht eben eine Verschärfung auch im Westjordanland.

Die Hamas muss die Geiseln vom Anschlag am 7. Oktober freilassen und nicht weiter als Druckmittel benutzen.

Die Bundesrepublik Deutschland und die Europäische Union sollten ihrer Verantwortung als Wertegemeinschaft der Menschlichkeit und Freiheit wahrnehmen, um die Einhaltung des Völkerrechts sicherzustellen und die diplomatischen Bemühungen für einen dauerhaften Waffenstillstand und Frieden zu intensivieren. Dazu gehören die Überprüfung bestehender Abkommen, die Aussetzung militärischer Unterstützung sowie die Förderung einer politischen Lösung auf Grundlage der Grenzen von 1967. Eine Anerkennung Palästinas als Staat könnte dabei ein entscheidender Schritt sein, um dem Friedensprozess neue Impulse zu geben. Denn jeder Tag, in dem der Krieg im Gazastreifen weitergeht, wird eine sichere Zweistaatenlösung immer unrealistischer. Deutschland hat eine historische Verantwortung weltweit für Frieden, Gerechtigkeit und Ordnung zu sorgen. Der Konflikt trägt auf beiden Seiten Opfer, das Ziel ist nur dabei, dass es nicht mehr werden. Deutschland würde mit einer Anerkennung Palästinas ein stärkeres Zeichen setzen als unsere Verbündeten Frankreich und Großbritannien.

Nur mit einem gesellschaftlichen Wandel Israels und einem demokratischen palästinischen Staat, mit UN-Unterstützung, sowie der Aufbau des Gazastreifens und des Westjordanlands ist ein nachhaltiger Frieden möglich. Nach den aktuellen Entwicklungen ist der Waffenstillstand fast beschlossen, wir müssen uns dafür einsetzen, dass dieser auch hält und von keiner Seite gebrochen wird.

B. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf:

1. die Anerkennung Palästinas als eigenen Staat in den Grenzen von 1967, um den internationalen Bemühungen für eine Zwei-Staaten-Lösung neuen Impuls zu geben.
2. Sämtliche Waffenlieferungen an Israel weiterhin einzustellen.
3. den Siedlungsbau und die fortschreitende Eskalation in den besetzten Gebieten im Westjordanland völkerrechtlich klar zu verurteilen und auf diplomatischem Wege die sofortige Einstellung solcher Maßnahmen zu fordern.
4. sich für die Freilassung der Geiseln weiterhin mit Nachdruck einzusetzen. Alle noch lebenden Geiseln sollen unversehrt freikommen und auch die toten Geiseln sollen den Familien übergeben werden, ohne Zugeständnisse.
5. nach dem Inkrafttreten des Waffenstillstandes die umfassende humanitäre Hilfe für die palästinensische Zivilbevölkerung deutlich zu erhöhen, insbesondere für medizinische Versorgung, Ernährungssicherheit und Wiederaufbau ziviler Infrastruktur.

Berlin, den 9. Oktober 2025

Tim Dieter und Fraktion